



Im «Paradeplatz-Express»

Referat von Christian Levrat, Ständerat FR, Präsident der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Dienstagabend, es war so gegen 18 Uhr, fuhr ich mit dem Zug von Zürich nach Zug. Dieser Zug trägt den Übernamen «Paradeplatz-Express», weil er die Banker von ihrem Arbeitsort direkt nach Hause in ihre Steuerparadiese bringt. Und wie könnte es anders sein: Drei Banker setzen sich zu mir ins Abteil, alle drei mit saurer Miene. Sie erzählen von ihren letzten Geschäftsreisen, Beirut, Singapur, Dubai, auch New York. Interessiert beobachtete ich die drei Männer, wie sie gut angezogen, elegant und selbstsicher dasitzen. Der Tag schien gar nicht nach ihrem Geschmack verlaufen zu sein. Ich überlege mir, was der Grund dafür sein könnte: Börsenverluste? Ärger mit dem Jüngsten in der Schule? Schlecht gespielt beim Squash? Kein Foie Gras mehr in der First Class bei Lufthansa?

Meine Gedanken schweifen ab. Und wie alle Zugpassagiere dieser Welt, schlage ich mir die Zeit tot, indem ich versuche mir das Leben meiner Sitznachbarn vorzustellen. Ich träume träge vor mich hin und werde vom Wiegen des Zuges langsam eingeschläfert, als ich plötzlich hochschrecke. Acht Wörter lassen mich schlagartig wieder erwachen: «Wegen diesen Clowns haben wir 50 Millionen verloren.» Ich spitze die Ohren. Die beiden anderen nicken ernst.

Schüchtern frage ich: «Welche Clowns?» Die Antwort kommt wie aus der Pistole geschossen: «Na hören Sie mal, das haben Sie doch gehört. Berlusconi, Beppe Grillo, die Italiener, eine politische Sackgasse. Die Börsen sind zusammen gebrochen.»

Die drei Banker scheinen ernsthaft sprachlos über die Wahl des italienischen Volks. Sie verstehen nicht, wie ein Volk – oder zumindest ein Teil davon – einem Clown vertrauen kann, der mehr oder weniger offen fremdenfeindlich ist. Einem Milliardär, der Probleme mit der Justiz hat. Einem abgesetzten Minister, einem Medienmagnaten, der sich als Mann des Volkes ausgibt. Einem Mann, der Europa für all das verantwortlich macht, was in seinem Land nicht funktioniert. Einem Mann, der nochmals über die EU abstimmen lassen will und der aus Brüssel und dem Euro Feinde macht, die niedergestreckt werden müssen. Einem Mann, der die Politik und die traditionellen Parteien in den Dreck zieht und die Zukunft nur in der Vergangenheit sieht.

Meine Banker sind sichtlich frustriert von der Wahl des italienischen Volks. «Sie sollten merken, dass sie gegen ihre eigenen Interessen stimmen», ärgert sich der Aufregteste unter ihnen. Wir kommen im Bahnhof Zug an. Der Mann, welcher mir am nächsten sitzt, flüstert mir zu: «Wissen Sie, ich habe Sie erkannt. Viel Glück!» Ich habe gerade noch Zeit, um ihm zu antworten: «Danke. Darf ich Ihnen eine Frage stellen?» Ich nehme meinen Mut zusammen und atme tief durch, als wir das Perron entlang laufen, um den Bahnhof zu verlassen: «Sind Sie politisch engagiert?» «Ein wenig», antwortet er, «ich bin Mitglied der SVP.»

Par surprise, je me suis arrêté. Mon banquier en a profité pour filer. Dommage. J'aurais bien aimé lui répéter le portrait qu'il avait tracé de la droite italienne, lui demander si ça ne le faisait pas penser à quelqu'un d'autre, de plus proche : milliardaire, ministre déchu, chef d'un parti miné par les scandales, magnat de la presse, isolationniste, convaincu que tous les maux viennent de Bruxelles, clown drôle parfois, pathétique le plus souvent. Remplacez Fininvest par Ems Chimie, remplacez Mediaset par la Weltwoche ou la Basler Zeitung, remplacez la présidence du conseil italien par le Conseil fédéral suisse, remplacez le Rubygate par l'affaire Zuppiger. Et finalement, remplacez il popolo della Libertà par l'UDC.

Entre Beppe Grillo et Silvio Berlusconi se cache Christophe Blocher.

Ils ne sont pas liés que par les scandales. Ni par leur conservatisme social et leur libéralisme économique. Ils ne se reconnaissent pas qu'à cette manière d'essayer de s'accaparer l'idée même de peuple pour l'opposer à des prétendues élites politiques. Non, ce qui les unit, c'est que dans les moments décisifs, ils défendent toujours des intérêts personnels, des intérêts particuliers, contre le bien public, contre l'intérêt général. Ils n'hésitent pas à tirer à boulets rouges sur le système politique, et à s'abriter derrière leur immunité parlementaire pour tenter d'échapper à des poursuites pénales. **Christophe Blocher comme Silvio Berlusconi défendent en politique le plus souvent leur propre intérêt, parfois d'autres intérêts particuliers, presque jamais l'intérêt général.**

Tous ensemble ou tous contre tous ?

Camarades,

Il n'en va pas autrement dans la campagne que nous sommes en train de terminer. **Nos adversaires radicaux et UDC défendent quelques privilèges : ici les spéculateurs fonciers opposés à la loi sur l'aménagement du territoire, là les bonus des managers et les millions d'économiesuisse contre l'initiative sur les salaires abusifs, là-bas quelque trente pourcents des familles contre toutes celles dont les époux travaillent tous les deux.** La tentative de protéger les prébendes des uns et des autres les conduit à votre trois fois NON.

La défense des intérêts de tous nous amène à dire trois fois OUI. Pour tous, sans privilèges. Notre slogan est une fois encore au cœur de l'affrontement politique. Il traduit notre volonté de fonder une société où chacun ait sa place, ou chacun soit en mesure d'exercer sa liberté, de choisir sa vie, sans jouer des coudes, sans empiéter sur la place de l'autre, mais sereinement, avec l'assurance que personne ne sera laissé au bord du chemin. **Nos adversaires créent une société du tous contre tous. Nous voulons une société du « tous ensemble ».**

Une campagne générale sur la justice sociale

Liebe Freundinnen und Freunde,

Natürlich kommt mit der Abzocker-Initiative nicht der Tag der Wende. Sie alleine genügt nicht, um die soziale Gerechtigkeit zu stärken. Die letzte Generalversammlung von Novartis hat gezeigt, dass die Aktionärsdemokratie nicht ausreicht, um die Saläre der Topmanager zu limitieren. Mehr als 95 Prozent der Aktionäre stimmten dem neuen Lohnreglement zu und

erteilten Daniel Vasella Decharge. Besser könnte man die Grenzen nicht illustrieren, die hier existieren.

Über die konkreten Folgen dieser Volksabstimmung muss man sich keine Illusionen machen. Ich hoffe lediglich, dass im Fall eines Abstimmungssieges so rasch als möglich eine Verordnung ausgearbeitet wird, um die Massnahmen der Initiative umzusetzen. Dies sollte innert einiger Monate möglich sein. Wir debattieren nun bereits seit fünf Jahren über diese Bestimmungen. Es ist den Bürgerlichen gelungen, die Abstimmung über diese Initiative fünf Jahre lang immer wieder hinauszuschieben. Sie hatten Angst davor, die Initiative noch vor den Eidgenössischen Wahlen behandeln zu müssen. Die Bürgerlichen schreckten vor keinem Ränkespiel zurück, um das Volk daran zu hindern, sich über diese Initiative auszusprechen. Morgen riskieren die Bürgerlichen – zumindest hoffe ich das – die Quittung für diese Strategie zu bekommen.

Aber **diese Initiative ist nur der Anfang**. Wir müssen noch weiter gehen. Zunächst einmal müssen wir die Löhne der Top-Manager wirklich einschränken. Das Parlament wird die Gelegenheit haben, dies im Nachgang zur Minder-Initiative zu tun. **Es kann die Versprechungen einlösen, welche von den Befürwortern der Initiative wie den Gegnern gemacht wurden, dem heute vorherrschenden Missbrauch einen Riegel vorzuschieben.** Dazu sind jedoch weder die Initiative noch der Gegenvorschlag geeignet. Auch die bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentarier müssen sich bewusst werden, dass sich der Auftrag der Bevölkerung nicht darauf beschränkt, die Aktionärsrechte zu stärken. Die Botschaft ist klar, und selbst economistesuisse hat sie begriffen. Schaut Euch ihre Kampagne an: **«Stopp, es reicht! Hört mit diesem Missbrauch auf! Wir können nicht mehr zuschauen, wie unsere Löhne stagnieren und jene einer kleinen Elite explodieren.»** Das ist die Botschaft.

Jeder und jede konnte es Dutzende Male hören. Und weder die Mühlen der NZZ noch das Unwohlsein unserer politischen Gegner oder die Prahlereien der Kommunikationsabteilung der UBS und von Martin Landolt, dem Hauptgegner der Initiative, ändern etwas daran. Der Auftrag, den diese Initiative gibt, ist klar in ihrem Titel enthalten: «Abzocker-Initiative». Und der Auftrag lautet «STOP».

Wir werden dafür kämpfen, den Anteil der Boni am Lohn zu begrenzen. Die EU hat dies für die Banker bereits gemacht: Ihre Boni dürfen nicht höher sein wie die fixen Lohnanteile. Wir gedenken die Idee einer Boni-Steuer wie auf den Tisch zu bringen. Und wir wollen Boni verbieten, wenn das Unternehmen Verluste einfährt oder Massenentlassungen respektive Restrukturierungen vornimmt.

Wir müssen in den Stunden, die uns jetzt noch bleiben, alles daran setzen, ein deutliches JA zur Minder-Initiative zu erreichen. Sie ist Teil einer grösseren Kampagne für mehr soziale Gerechtigkeit, für eine Begrenzung der höchsten Löhne und für eine Verbesserung der Situation der Mittelschicht und der breiten Volksschichten. Jene, welche – zu Recht – daran zweifeln, dass die Stärkung der Aktionärsrechte dazu beiträgt, die Lohnungleichheiten zu verringern, müssen sich den gesellschaftlichen Kontext bewusst machen. Ein JA zur Abzocker-Initiative ist ein Schrei des Aufbegehrens gegen eine weitere Zunahme der Ungleichheiten in unserem Land. Es ist die Weigerung weiter zuzuschauen, wie einige sich freimütig in den Kassen bedienen, während es der grossen Mehrheit immer schlechter geht.

Die Abzocker-Initiative erlaubt es uns zu sagen, dass wir die Nase voll haben. Andere Projekte bringen Lösungen für dieses Problem.

Der Reihe nach werden wir abstimmen

- über die «1:12»-Initiative «1:12» der Juso, welche voraussichtlich im September dieses Jahres vors Volk kommt. Sie verlangt, dass das Verhältnis zwischen dem tiefsten und dem höchsten Lohn in einem Unternehmen nicht mehr als 1:12 betragen darf.
- über die Mindestlohn-Initiative. Sie garantiert allen Menschen, welche in einem Vollzeitpensum arbeiten einen Minimallohn von 4000 Franken.
- über die Volksinitiative für eine Erbschaftssteuerreform, welche wir vor kurzem bei der Bundeskanzlei eingereicht haben. Sie verlangt, dass Erbschaften von mehr als zwei Millionen Franken zu 20 Prozent besteuert werden, um so die AHV zu finanzieren.
- über die Volksinitiative für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Sie will die ungerechten Steuerprivilegien abschaffen, welche reichen Ausländerinnen und Ausländern gewährt werden.

Difficile également de ne pas évoquer, dans ce contexte, l'initiative pour une caisse publique, qui doit mettre un terme aux abus des managers des assureurs maladies et de leur lobby. Permettez-moi à ce stade deux remarques :

1. L'initiative « 1 à 12 » va nécessiter de nous tous un effort particulier. Elle va nous permettre de mener un débat fondamental sur l'évolution des salaires en Suisse au cours des dernières années. Elle doit nous mener à poser clairement la question : est-il admissible que mon voisin de bureau, celui qui siège à l'étage du dessus, gagne cent fois plus que moi ? qu'il me faille une vie pour gagner ce que lui encaissera en un an ? est-il juste, qu'année après année, les salaires les plus élevés progressent, alors que la grande majorité voit son pouvoir d'achat stagner ? Pouvons-nous vraiment assumer une situation où dans les quinze dernières années, dix pourcent des salariés ont vu leur revenu progresser de 28 pourcent, alors que l'évolution des revenus de tous les autres s'est limitée à moins de cinq pourcent ? Ces questions sont importantes. Et le parti doit s'en saisir. Nous devons nous engager avec force dans cette campagne pour l'initiative de la JS.

Bien sûr, cette initiative va effrayer nos adversaires. Sa radicalité même fera que des moyens importants seront engagés contre elle. Il n'est pas certain que nous l'emportions. **Mais le débat qu'elle amène doit nous permettre de faire évoluer les rapports de force, de changer le climat politique, de modifier le comportement des entreprises et du patronat.** Dans notre route vers une société du « tous ensemble », cette initiative doit marquer une étape.

2. Ma seconde remarque. On me dit que Thomas Minder ne partagerait pas notre vision d'une grande campagne pour la justice sociale. Et que nous abuserions de son initiative en l'inscrivant dans un contexte plus large. Ce sont des fariboles. D'abord, que mon collègue conseiller aux Etats ne partage pas notre programme, ce n'est pas une surprise. Il siège avec le groupe UDC. Ensuite le vote de demain n'est pas un

plébiscite pour ou contre un homme. De plus, ce n'est du reste pas non plus l'expression d'une volonté de renforcer – stricto sensu – la démocratie actionnariale. L'initiant l'a bien compris : il n'a pas appelé son initiative « Initiative pour les actionnaires » mais bien « Abzockerinitiative ». Enfin, ce qui est déterminant, si nous l'emportons, c'est la volonté du peuple. Pas de l'initiant. Et je crois **qu'aucun projet ne répond mieux à l'exaspération de la population face aux abus de cette caste de manager que l'initiative « 1 à 12 ».**

Camarades,

Nous avons beaucoup investi dans les trois campagnes qui s'achèvent demain. Nous avons tiré et distribué 1,2 millions de journaux de campagne, nous avons multiplié les débats, nous avons organisé des stands dans les rues de nos villes, cherché des alliés pour faire progresser nos positions. Aucun des trois projets ne correspond entièrement et en tous points à ce que nous ferions seuls. Mais la politique est l'art du possible. Et nous avons su exploiter au maximum nos marges de manœuvre et, je l'espère, trouver des majorités.

La campagne sur l'article constitutionnel sur la famille, ou la loi sur l'aménagement du territoire sont exemplaires à ce titre. Vous le savez, **lorsqu'il s'agit de concilier vie professionnelle et familiale, lorsqu'il s'agit de reconnaître les nouvelles formes de famille, lorsqu'il s'agit de défendre les intérêts de l'enfant, le Parti socialiste est en pointe. Comme aucun autre.** Depuis bien plus longtemps que les autres. Par pragmatisme, par intelligence, nous avons su faire alliance avec le PDC sur cette question, et présenter un projet commun. Laisser au parti démocrate-chrétien la conduite de cette campagne. Espérons que nos alliés soient solides, que nous puissions fêter demain ensemble une victoire qui permette d'améliorer le soutien dont les familles de notre pays doivent bénéficier.

Quoi qu'il en soit, cette campagne aura eu un mérite : démasquer le parti de Philippe Müller. Celui-ci se soucie des familles. En période électorale, surtout. En période électorale, uniquement. Celui-ci est favorable à l'insertion des femmes dans la vie professionnelle.

- A des postes subalternes : il est contre les quotas.
- A des salaires moindres : il s'oppose à toute mesure coercitive en matière d'égalité des salaires.
- A condition que les mères se débrouillent seules pour la garde de leurs enfants : il est contre l'article constitutionnel sur la famille.

Pour les femmes qui travaillent, le PLR n'amène aucune solution. Sur le papier oui. Là, il est généreux. Dans la réalité, non. Lorsqu'il s'agit de résoudre des problèmes concrets en matière de politique familiale, le PLR n'est pas une partie de la solution. Le PLR est une partie du problème.

Camarades,

J'aimerais vous remercier pour votre engagement dans ces campagnes. J'espère qu'il sera honoré. J'espère que nous pourrons fêter demain un triple OUI. Certains se battent auprès des agences de rating pour faire bénéficier leur économie d'un triple A, battons-nous pour obtenir un triple OUI : OUI à la justice sociale, OUI à une utilisation responsable du sol, OUI aux familles de notre pays.

Et demain, j'espère fêter avec nos amis valaisans, bâlois et - bien sûr - soleurois les succès de leurs candidates et candidats. Pour tous, sans privilèges.